

# Sind wir nun alle Sozialisten?

Barack Obama selber vergleicht sich nicht ungern mit dem legendären FDR, mit Franklin Delano Roosevelt, der seine lange Präsidentschaft – 1932 bis zu seinem Tod im April 1945 – in der grossen Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts antrat und mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem so genannten New Deal, dem wild gewordenen Kapitalismus entschlossen Gegensteuer gab. Auch Obamas politische Gegner erinnern sich – sie jedoch mit Schrecken – an diese lange Zeit ungebrochener demokratischer Vorherrschaft. Die bei den letzten Wahlen unterlegenen Republikaner stellen die sozialen und wirtschaftlichen Reformen der regierenden Demokraten deshalb vorsorglich in die linksradikale, die unamerikanische Ecke. »Ist dies Sozialismus? Rückt Amerika vom Kapitalismus ab?«, fragte Fox News bereits eine Woche nach Amtsantritt des neuen Präsidenten.<sup>1</sup> Und das US-Magazin Newsweek doppelte mit einer Titelstory nach: »We are all socialists now.« Wir sind nun alle Sozialisten.<sup>2</sup>

Sind wir das wirklich? Ist Obamas Stimuluspaket so radikal wie Roosevelts Wirtschaftsreform? Erleben die Vereinigten Staaten heute einen so bedeutsamen gesellschaftlichen Umbau, wie es der New Deal für die 1930er-Jahre war? Bewegen sich die USA auf das Modell des modernen europäischen Staates zu, der im Vergleich zum amerikanischen »Räuberstaat« – ein Begriff des Ökonomen James Galbraith<sup>3</sup> – immerhin eine sozial einigermassen abgefederte Marktwirtschaft ist? Oder werden die Billionen von Extrasteuergeldern von der neuen US-Regierung doch vorab für stümperhaftes Flickwerk am ausgetragenen Glitzerkostüm des Kasinokapitalismus aufgewendet? Was ist der neue Deal?

## Die Neue Welt wird älter

Die Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD stützen zunächst die These von der Annäherung der neuen Welt an die alte: Um die Jahrtausendwende betrug der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt der USA rund 34 Prozent, in der Eurozone hingegen 48 Prozent. Für das Jahr 2010 prognostiziert die OECD für

---

### Lotta Suter

1952. studierte Philosophie, Politologie und Publizistik. Sie war Mitbegründerin und langjährige Redaktorin der Wochenzeitung. Seit 1997 ist sie USA-Korrespondentin für diverse deutschsprachige Medien. Neueste Buchveröffentlichung: »Kein Frieden mehr – Die USA im Kriegszustand«.



die USA eine Zunahme der öffentlichen Ausgaben auf 40 und für Europa eine leichte Abnahme auf 47 Prozent. Der Unterschied ist also bloss noch halb so gross – und weiter abnehmend. Auch die glühendsten Vertreter der freien Marktwirtschaft müssten nun eigentlich zugeben, dass der reine Kapitalismus eine Mär und die keynesianische Mischwirtschaft auch in den USA längst eine Realität ist. Allerdings fliesst in den USA ein unverhältnismässig grosser Teil dieser Staatsgelder ins Kriegsgeschäft.<sup>4</sup>

Ein Blick auf die aktuellen Konjunkturprogramme der verschiedenen Länder zeigt: Für die eigentliche Krisenbekämpfung gibt China, wo staatliche Eingriffe in die Wirtschaft seit Mitte des letzten Jahrhunderts eher die Regel denn die Ausnahme sind, proportional zum Bruttoinlandsprodukt mit Abstand am meisten aus, nämlich 18 Prozent des BIP. In den USA sind es bloss sechs Prozent, und in Europa ist es noch weniger. Deutschland, Spanien und Japan wenden etwa drei Prozent des BIP für Konjunkturanreize auf.<sup>5</sup> Allerdings sind in diesen westeuropäischen Ländern im Gegensatz zur USA »keynesianische« Elemente wie Arbeitslosenversicherung, Altersrente, Sozialhilfe, eine allgemeine Gesundheitsvorsorge, subventioniertes Wohnen schon vor der Krise vergleichsweise solide in die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebaut gewesen. In den USA hingegen wurde der »Sozialstaat, wie wir ihn kennen« (Zitat Bill Clinton) vom demokratischen Präsidenten in den 1990er-Jahren abgeschafft. Nun, in der Krise, musste in vielen der 50 US-Bundesstaaten etwa die Arbeitslosenversicherung notfallmässig um ein, zwei Monate verlängert werden. Doch fast zwei Drittel der Arbeitslosen haben heute, auf dem deregulierten und prekarisierten Arbeitsmarkt der USA, gar keinen Anspruch auf staatliche Arbeitslosenhilfe. Über zehn Prozent der Bevölkerung, etwa 32 Millionen AmerikanerInnen, sind zur Zeit auf staatliche Lebensmittelhilfe angewiesen. Man könnte also zusammenfassend sagen, dass die Regierungen der USA und Europas sich in der Wirtschaftskrise auf unterschiedliche Weise, aber ökonomisch gesehen ähnlich stark – oder schwach! –, für das Gemeinwohl ihrer Bürgerinnen und Bürger in einsetzen.

In den USA beträgt der vorläufige Preis für die Stabilisierung des Finanzsektors über 1000 Milliarden Dollar (wenn man die massive Unterstützung der Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac miteinrechnet). Das zweite Konjunkturpaket für die Realwirtschaft ist mit 787 Milliarden Dollar veranschlagt. Insgesamt beansprucht die heutige Wirtschaftssanierung also bereits dreimal so viel Geld wie der ganze New Deal, der den Staat damals 30 Milliarden Dollar kostete – oder, auf heutige Kaufkraft umgerechnet, rund 500 Milliarden Dollar. Ein Ende der staatlichen Stützmassnahmen ist noch nicht abzusehen.

Stecken die USA unter Präsident Obama also vergleichsweise viel Geld in die Krisensicherung? Ja und nein. Ja, denn die USA sind im Jahr 2009 wirtschaftlich doch noch besser dran als zu Franklin Roosevelts Zeiten, wo die Arbeitslosenquote auf über 25 Prozent stieg und tausende von Banken ihre Tore schlossen. Nein, denn die US-amerikanische Wirtschaft ist heute zwanzig Mal grösser als in den 1930er-Jahren; sie ist sehr viel globaler und schwieriger zu steuern. Es ist unter anderem deshalb komplexer, Auswege aus dem wirtschaftlichen Tief zu finden, weil das ökonomische Wachstum aus ökologischen Gründen nicht mehr das Allerweltsheilmittel gegen die heutige Krise sein kann. Ressourcenknappheit und Klimawandel sind unleugbare Tatsachen, auch wenn das grenzenlose Wirtschaftswachstum in den USA besonders hartnäckig als ›Geburtsrecht‹ und einzig mögliche Antwort auf die soziale Frage angepriesen und verteidigt wird. Ob die Amerikanerinnen und Amerikaner es wahrhaben wollen oder nicht, auch die viel zitierten unbegrenzten Möglichkeiten dieses Landes sind gewissen Naturgesetzen unterworfen. Auch ihre neue Welt ist älter geworden.

### **Wo bleiben die neuen Plumpsklos?**

Die Geschichte von Franklin Roosevelts New Deal ist in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder umgeschrieben worden: In den 1950er-Jahren feierte der US-Historiker Arthur Schlesinger Jr. in einem dreibändigen Werk die Entstehung des modernen amerikanischen Staates unter der ebenso visionären wie pragmatischen Führung von FDR. In den 1960er-Jahren dann kritisierte die neue Linke den unter Roosevelt gestarteten ›militärisch-industriellen Keynesianismus‹. Der New Deal, sagte ein Teil der 68er-Generation, sei im Wesentlichen konservativ: FDR habe den Kapitalismus vor sich selber gerettet, statt die Gelegenheit zur Nationalisierung des Finanzsystems und zur Umverteilung von Reichtum wahrzunehmen. Er habe sich von den Interessen des Unternehmertums viel stärker beeinflussen lassen als von den radikalen sozialen Bewegungen seiner Zeit. Doch am heftigsten wurde und wird der New Deal von rechts angegriffen. Unter der Führung von libertären Köpfen wie Barry Goldwater wurde die Restauration der rechtskonservativen beziehungsweise neoliberalen Kräfte massgeblich auf der Gegnerschaft zum New Deal aufgebaut. Die Vorläufer der Reaganomics kritisierten an Roosevelts Gesellschaftsvertrag, den unamerikanischen ›Sozialismus‹, die aktive und starke Rolle des Staates sowie die Verschwendung von Steuergeldern. Sogar die Schaffung der staatlichen Altersversicherung wurde beklagt, weil diese Renten aus freien BürgerInnen abhängige Subjekte machten.



Bis vor kurzem wurde eine solch deutliche Kritik an Roosevelt und seinem New Deal kaum in der breiten Öffentlichkeit geäußert, denn im amerikanischen Volk war FDR für eines bekannt und äusserst beliebt: nämlich seine Arbeitsprogramme, dank denen Millionen von verarmten Arbeitslosen in der 1930er-Krise eine bezahlte Stelle fanden. Während der republikanische Vorgänger von Franklin Roosevelt, Herbert Hoover (1929–1932), auch dann noch jegliches Arbeitslosengeld verweigerte, als die Arbeitslosigkeit in manchen US-Städten bereits über 50 Prozent lag, initiierte der neu gewählte FDR rasch und energisch Arbeitsbeschaffungsprogramme und Sozialversicherungen. Und er setzte einen Minimallohn fest. Innert vier Monaten legten die vier Millionen neu angestellten StaatsarbeiterInnen der Civil Works Administration (CWA) 4000 Kilometer Abwasserröhren, bauten oder verbesserten 300'000 Kilometer Autostrasse, 40'000 Schulen, 3700 Spielplätze, an die 1000 Flugplätze (nicht zu vergessen die 250'000 Plumpsklos, die im ländlichen Amerika dringend benötigt wurden).<sup>6</sup>

Das CWA stellte aber auch KopfarbeiterInnen an: Statistiker, Architekten, 50'000 Lehrerinnen und Lehrer sowie 3000 Schriftsteller und Künstler. »Die müssen essen wie andere Leute auch«, soll der CWA-Leiter Harry Hopkins gesagt haben. Das Geld, das in das fünfmonatige CWA-Projekt gesteckt wurde – eine Milliarde in damaliger oder 16 Milliarden nach heutiger Kaufkraft –, ging zu 80 Prozent direkt an die Arbeitenden, die wiederum die Alltagswirtschaft stimulierten. Die (wieder) erweckte Hoffnung und der Gemeinschaftsgeist dieser Zeit haben die Beteiligten in Millionen von persönlichen Geschichten an ihre Kinder und Kindeskinde überliefert. Roosevelts Krisenprogramm ist fest im kollektiven Bewusstsein der US-Bevölkerung verankert.

## 25 Millionen arbeitslos

Es erstaunt deshalb nicht, dass die Entwicklung der Arbeitslosenquote beziehungsweise die Entstehung neuer Arbeitsplätze auch heute wieder zum Prüfstein wird, an dem das amerikanische Volk den Erfolg der Konjunkturmassnahmen der Regierung misst. Als Präsident Bush im Herbst 2008 über 750 Milliarden Rettungsgelder an die Finanzinstitute ausbezahlte, rechneten meine amerikanischen Bekannten schnell aus, dass die Regierung stattdessen jedem einzelnen der damals rund zehn Millionen arbeitslosen Amerikaner ein 75'000-Dollar-Stimuluspaket hätte überreichen können.

Für Barack Obama ist die Beschäftigungsbilanz seiner bisherigen Amtszeit verheerend. In seiner allerersten Radioansprache versprach der neu gewählte Präsident, er werde mit seinem Konjunkturprogramm



in den nächsten vier Jahren drei bis vier Millionen Arbeitsplätze schaffen. Roosevelt tat das Gleiche, wie oben aufgezeigt, innert weniger Monate. Und sein CWA-Programm beschäftigte, umgerechnet auf die heutige Bevölkerung, nicht nur vier, sondern zehn Millionen Menschen! Traurige Tatsache ist: Seit Präsident Obama anfangs Februar das 787-Milliarden-Stimuluspaket unterzeichnete, gingen in den USA mindestens 1,6 Millionen Arbeitsplätze verloren. Die offizielle Arbeitslosenquote lag im Juni 2009 bei 9,4 Prozent. In Dutzenden von städtischen Ballungsgebieten sind bereits über zehn Prozent als Stellen Suchende registriert. Eine zweistellige Arbeitslosenquote löst in den USA seit jeher politisch und psychologisch Alarm aus.

Noch beunruhigter wäre die Bevölkerung, wenn sie realisieren würde, dass es sich bei den zehn Prozent um eine zweckoptimistisch konstruierte Zahl handelt. Die Arbeitslosigkeit, die sie beziffert, entspricht nicht der gängigen Vorstellung des Begriffs ›arbeitslos‹ im Sinn von: keine Stelle haben. Die Zahl lässt sich auch nicht ohne weiteres mit den Arbeitslosenstatistiken der 1930er-Jahre vergleichen. Denn im Laufe der Zeit, besonders in den neoliberalistischen und wirtschaftlich optimistischen 1990er-Jahren, ist in den USA die Definition von ›arbeitslos‹ immer mehr eingeschränkt worden. Wer erwerbstätig sein will, aber die Stellensuche als momentan aussichtslos abgeschlossen hat, wer nur schon im letzten Monat nicht aktiv eine Stelle gesucht hat, wer selbstständig oder auf Abruf arbeitet oder wer zwangsweise Kurz- oder Teilzeitarbeit leistet, wird in der offiziellen US-Arbeitsstatistik nicht mitgezählt. Dabei nimmt die Zahl dieser so genannt ›marginal angeschlossenen‹ Arbeitskräfte in jeder Krise überproportional zu. Das gilt auch für 2008 und 2009. Die Bürgerbewegung ›National jobs for all coalition‹ schätzt, dass die reale Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie die offizielle Zahl, also bereits nahezu 20 Prozent beträgt. Zwölf Stellensuchende bewerben sich durchschnittlich um eine einzige offene Stelle.<sup>7</sup>

Das US-Arbeitsministerium selber – genauer: das U.S. Bureau for Labor Statistics – veröffentlicht jeden Monat eine von den Medien kaum genutzte Tabelle mit alternativen Parametern für Arbeitslosigkeit. Die Definitionen werden von U-1, einer äusserst restriktiv gefassten Erwerbslosigkeit, bis U-6 immer umfassender.<sup>8</sup> Für den Mai 2009 verzeichneten die USA gemäss der realitätsgerechteren Definition U-6 eine nationale Arbeitslosenquote von 16,4 Prozent. Das sind 25 Millionen Menschen ohne regelmässiges Einkommen. Und täglich kommen mehr hinzu. Allein in der Autoindustrie werden zur Zeit 30'000 Arbeitsplätze in der Produktion und 150'000 Arbeitsplätze im Verkauf eliminiert. Letzteres geschieht im Rahmen von staatlich gestützten Konjunkturmassnahmen;



65 Milliarden Dollar hat das US-Finanzministerium in diese Struktur-anpassung investiert. Den Autoarbeitern hilft es wenig.

Angesichts des sozialen Elends, das mit der Massenarbeitslosigkeit verbunden ist, nehmen sich die Zahlen und sogar die Ziele von Präsident Obama auf dem Beschäftigungssektor erstaunlich bescheiden aus: 150'000 Arbeitsplätze habe er in seinen ersten 100 Regierungstagen mit seinem Stimuluspaket geschaffen, sagt er. Über den Sommer sollen nochmals 600'000 Arbeitsplätze entstehen. Das ist besser als nichts, aber es ist nicht wirklich viel. Manche Ökonomen bestreiten sogar, dass Obamas zweites Konjunkturpaket, das zu bloss etwa einem Fünftel der Verbesserung der Infrastruktur dient, überhaupt einen messbaren Einfluss auf den Arbeitsmarkt hat. Und nicht bloss die Experten haben ihre Zweifel: Gemäss einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Rasmussen rechneten im Juni 2009 bloss noch 31 Prozent aller US-AmerikanerInnen damit, dass das Stimulus-Geld neue Arbeitsplätze schaffen wird. 48 Prozent glauben nicht mehr an diese Möglichkeit. Fast die Hälfte (45 Prozent) der Bevölkerung möchte den noch nicht ausgegebenen Rest der Konjunkturdollars (über 95 Prozent der 787 Milliarden Dollars) deshalb lieber sparen und zum Beispiel zur Verringerung des Defizits verwenden.

## Die Schuldfrage

Die Defizitdiskussion ist ein ideales Mittel, um die im Volk vorhandene Angst vor der Krise politisch zu schüren und für die eigenen Zwecke zu nutzen. Die Privathaushalte in den USA haben sich in den letzten Jahrzehnten wegen der stagnierenden Löhne hoch verschuldet. Sie versuchen jetzt in der Krise und angesichts der eingetrockneten Kreditmärkte möglichst für noch schlechtere Zeiten zu sparen. Und nun reden ihnen gewisse Politiker ein, der Staatshaushalt der USA sei wie eine grosse verschuldete Familie, die ebenfalls nach Kräften sparen und Schulden abbauen sollte. Ökonomisch denkende Menschen erkennen, dass es sich hier um den klassischen Streit zwischen Keynesianismus und Monetarismus handelt. Doch bei der Bevölkerung hat das Staatsverschuldungsargument politisch schon in den 1930er-Jahren verfangen und die Krisenpläne negativ beeinflusst. Nachdem die Höchstarbeitslosenquote von über 25 Prozent 1936 auf zehn Prozent gesenkt werden konnte, gab Franklin Roosevelt den Rufen der Monetaristen nach einem ausgeglicheneren Budget nach – mit dem Resultat, dass die Arbeitslosenzahl wieder anstieg und das Land wieder tiefer in die Rezession rutschte.

Den gleichen Defizitkeil treiben die Konservativen heute erneut zwischen den demokratischen Präsidenten und die krisengeschüttelte Be-

völkerung. Ausgerechnet jene neoliberalen Kräfte, die die USA in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich ausgeplündert haben, wollen sie jetzt vor ›Verschwendung‹ schützen. Dabei macht das Konjunkturpaket, das die US-Regierung für 2009 und 2010 vorgeschlagen hat, nach den Berechnungen von Mark Weisbrot, Direktor des CEPR (Center for Economic and Policy Research), bloss 126 Milliarden im Jahr oder 0,9 Prozent des BIP aus. Dieser Betrag wird die negativen Auswirkungen der Immobilienkrise auf die Volkswirtschaft bei weitem nicht kompensieren können – und sieht angesichts der hunderten von Milliarden, die für die Rettung des Finanzsystems aufgewendet wurden, besonders mickrig aus. Das Defizit des US-Staatshaushaltes wird nach Schätzung der unabhängigen Aufsichtsbehörde des US-Kongresses (Congressional Budget Office) zwar von 40,8 Prozent (2008) auf 71,4 Prozent im Jahr 2013 ansteigen. Doch wie Weisbrot schreibt: »Es ist wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass die USA 1946 eine öffentliche Verschuldung von 109 Prozent des BIP aufwies. Damals begann das ›goldene Zeitalter‹ ihres schnellsten wirtschaftlichen Wachstums über 27 Jahre hinweg; ein Wachstum, das – anders als in den letzten drei Jahrzehnten – einen breit gestreuten Wohlstand zeitigte.«<sup>9</sup>

### Die USA ist ein Bankenstaat

Wir haben heute nicht zuviel, sondern zuwenig Keynesianismus, argumentiert ein schöner Teil der US-Linken. »Zeit für eine neue Stimulus-Runde«, schreibt Katrina Vanden Heuvel, Chefredaktorin der linksliberalen Zeitschrift *The Nation*. Und das in London ansässige CEPR veröffentlicht eine Ehrenliste mit Ökonominnen und Ökonomen – viele von ihnen aus den USA –, die die bisherigen Konjunkturmassnahmen ungenügend finden oder für ein drittes Stimuluspaket argumentieren, darunter James Galbraith, Joseph Stiglitz, Eileen Appelbaum, Nouriel Roubini und Paul Krugman.<sup>10</sup> Es braucht allerdings nicht bloss mehr Stimulus-Geld, sondern andere Prioritäten und andere Rahmenbedingungen für die Verteilung dieser Gelder. Präsident Obama hat in der ersten Stimulus-Runde grosszügig Gelder für die Rettung der Finanzinstitute ausgeschüttet. Aber er hat kaum Bedingungen gestellt, sondern an die Eigenverantwortlichkeit der Empfänger appelliert, die sich in der Vergangenheit nicht gerade durch diese Eigenschaft ausgezeichnet hatten.

»A toxic bond«, eine giftige Verbindung, nennt die Al-Jazeera-Wirtschaftsjournalistin Samah El-Shahat das Verhältnis der US-Regierung zu den US-Bankern. El-Shahat, eine Wirtschaftsexpertin für Entwicklungspolitik, kannte eine derart extreme Machtasymmetrie und soziale Ungleichheit wie in den USA bisher nur aus Entwicklungs- und Schwel-



lenländern, wo lokale Eliten unverfroren ihren Luxushobbys frönen, während die breite Bevölkerung verelendet. Jetzt passiere das auch in den USA, sagt sie: »Amerika ist ein Bankenstaat geworden, der seinen Oligarchen erlaubt, die Wirtschaft zu ersticken, damit sie selber um jeden Preis überleben können.«<sup>11</sup> Und immer noch behauptet die US-Regierung, was gut sei für die Wallstreet, sei auch gut für die Mainstreet, für die Gesamtwirtschaft.

Soeben haben zehn der grössten US-Banken 68 Milliarden Dollar Finanzhilfe zurückgegeben, um sich von jedem Staatseinfluss – vorab auf die exorbitanten Managergehälter und das riskante Investmentbanking – zu befreien. Diese zehn Institute gelten jetzt als stark und gesund, ein Vorbild für die Banken, die immer noch von Staatsgeldern abhängig sind. Doch inwiefern können Goldman Sachs, JP Morgan, American Express und ähnliche Institute überhaupt stark und erfolgreich sein, während in den USA mehr und mehr Menschen ihr Wohneigentum und ihre Arbeitsstelle verlieren? Während die Konsumkraft der Bevölkerung stagniert oder sinkt? Während Fabriken und Geschäfte ihre Tore schliessen? Während fast 50 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung auskommen müssen? Während eine gute Ausbildung für die Mittelschicht unerschwinglich wird? Während die Zahl von hungrigen und obdachlosen AmerikanerInnen einen historischen Höchststand erreicht? In welcher illusionären Welt schreibt das Bankenwesen seinen Gewinn?

Und wieso lässt eine Regierung, die sich demokratisch nennt, das alles zu? Wieso hat es die Obama-Regierung noch nicht einmal geschafft, den Wucher, der erst in den neoliberalen 1980ern entkriminalisiert wurde, wieder zu verbieten? Immer noch gibt es in den USA so genannte Payday Loans, Vorschüsse auf den Zahltag, bei denen verzweifelte Schuldner den Kredithaien am Ende 500 Prozent Zins bezahlen müssen. Vor kurzem beschloss der US-Kongress einen Katalog von Schutzrechten für Kreditkartenkunden. Doch auch diese Credit Cardholders' Bill of Rights setzt Visa und Mastercard, Citigroup und Morgan Chase keine Höchstgrenze für die Zinsen, obwohl eine solche doch die materielle und moralische Hemmschwelle einer jeden zivilisierten Geschäftstätigkeit ausmacht.

Ein neuer New Deal kann nur zustande kommen, wenn man vom alten New Deal lernt, der – wie der Historiker Howard Zinn sagt – kühn genug war, um die Säulen des Systems zu erschüttern, aber nicht um sie zu ersetzen. Auch damals blieben Millionen von Menschen ohne Arbeit. Es wurden zwar Sozialwohnungen gebaut, aber nicht genug. Die Landwirtschaftssubventionen bevorzugten das Agrobusiness und vernachlässigten die Kleinbauern und Pächter. Der ärmste Teil der Bevölkerung



- überproportional viele Schwarze, Immigranten oder Hausangestellte
- hatte keinen Anspruch auf die neuen Sozialleistungen.

Der neue New Deal müsste sozial umfassender sein. Seine neu geschaffenen Arbeitsplätze müssten langfristiger, besser bezahlt und karriereförderlicher sein als die CWA-Stellen. Nicht nur Bauarbeiten, sondern auch Kinderstätten und Altersheime müssten von solchen Stimulus-Geldern profitieren können. Der Neue Deal müsste längerfristig zu einer Gesellschaft mit menschenwürdiger Arbeit für alle führen, die Regierung müsste bei der Schaffung solcher Arbeitsplätze, zum Beispiel im Sozial- und Umweltbereich, eine aktive Rolle spielen. Das ist das exakte Gegenteil von Präsident Bushs egozentrischer ›Gesellschaft der Besitzer‹. Aber das Ideal, nennen wir es demokratischer Sozialismus, ist auch ziemlich weit von Präsident Obamas Ansatz zur Krisenbewältigung entfernt. Der Arbeitshistoriker Frank Stricker schätzt, dass Präsident Obama in den nächsten acht Jahren – Wiederwahl vorausgesetzt –, mindestens drei Millionen Arbeitsplätze pro Jahr schaffen muss, wenn er in den USA eine robuste, breit abgestützte Wirtschaftsentwicklung anstrebt.<sup>12</sup> Nur so lässt sich vermeiden, dass diese Krise nicht bloss als Zwischenstufe im betrügerischen Pyramidenspiel der Madoffs dieser Welt funktioniert.

## Anmerkungen

- 1 Sean Hannity auf Fox News, 28. Januar 2009.
- 2 Jon Meacham and Evan Thomas in Newsweek, 16. Februar 2009.
- 3 James Galbraith (2008): The predator state. How conservatives abandoned the free market and why liberals should too. New York.
- 4 Mehr zum Thema Krieg als Geschäft in Lotta Suter (2008): Kein Frieden mehr – Die USA im Krieg. Rotpunktverlag, Zürich
- 5 Vgl. dazu Hans Baumann (2009): Crises, fiscal policy and construction labour. CLR-News Nr. 2.
- 6 Charles Peters und Timothy Noah (2009): Wrong Harry. Four million jobs in two years? FDR did it in two months. Online-Magazin Slate, [www.slate.com/id/2209781](http://www.slate.com/id/2209781), 26. Januar 2009.
- 7 Zur Arbeit dieser Gruppierung, die sich in den USA seit 1994 für Vollbeschäftigung und Existenz sichernde Löhne einsetzt siehe: [www.njfac.org](http://www.njfac.org).
- 8 Die monatlich aktualisierten aktuellen Arbeitslosendaten für die USA finden sich auf [www.bls.gov/news.release/empsit.t12.htm](http://www.bls.gov/news.release/empsit.t12.htm). Eine Erklärung der verschiedenen Arbeitslosen-Kategorien liefert [www.bls.gov/opub/ils/pdf/opbits67.pdf](http://www.bls.gov/opub/ils/pdf/opbits67.pdf).
- 9 Mark Weisbrot (2009): S&P misses the boat: UK and US need more stimulus, not deficit reduction. Guardian Unlimited, 27. Mai 2009.
- 10 Vollständige Liste auf [www.cepr.net/index.php/press-releases/interactive-press-releases/economists-who-make-the-third-stimulus-honor-roll/](http://www.cepr.net/index.php/press-releases/interactive-press-releases/economists-who-make-the-third-stimulus-honor-roll/).
- 11 Die Kolumnen von Samah El-Shahat sind einsehbar auf <http://english.aljazeera.net>.
- 12 Frank Stricker in einer Vorlesung vom 11. Februar 2009: Job programs and stimulus II – What we can learn from the New Deal. Siehe dazu auch sein Buch (2007): Why America lost the war on poverty and how to win it. North Carolina.